
FDP Ortsverband Oberursel

OBERURSEL HAT WÄREMEPLANUNG BESCHLOSSEN

10.09.2026

Warum wir diese in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt haben

Aus der Rede von Katja Adler in der Stadtverordnetenversammlung vom 03.09.2026:

Die kommunale Wärmeplanung, die uns heute vorliegt, ist ein ambitioniertes Dokument. Niemand hier zweifelt an der Notwendigkeit, Energie effizienter zu nutzen. Aber wir schulden unseren Bürgerinnen und Bürgern Ehrlichkeit über das, was diese Planung konkret bedeutet.

73 Prozent der Wärme in Oberursel kommen heute aus Erdgas. Diese Planung sieht vor, dass dieser Anteil bis 2045 auf null sinkt. Das klingt zunächst nach einem fernen Horizont. Doch die Uhr tickt – und die Kosten sind real und treten schon jetzt auf.

Die Umrüstung auf Wärmepumpe bedeutet für Hausbesitzer insbesondere älterer Häuser Investitionskosten im fünf- bis sechsstelligen Bereich.

Die jährliche Wärmepumpen-Einbaurate soll von derzeit rund 120 auf 276 Anlagen pro Jahr mehr als verdoppelt werden. Wer soll das leisten?

Gleichzeitig lesen wir, dass sich der Strombedarf der Stadt verdreifachen könnte. Das Stromnetz muss massiv ausgebaut werden – laut Plan allein von 2024 bis 2029 mit 19 Millionen Euro. Diese Kosten trägt am Ende nicht der Netzbetreiber allein.

Gleichzeitig trifft diese kommunale Wärmeplanung auch politische Vorentscheidungen, die wir als gewählte Vertreter nicht einfach abnicken sollten.

Denn Diese Planung schreibt fest: Das Gasverteilnetz wird stillgelegt. Privathaushalte kommen für Wasserstoff nicht in Frage. Die Alternative für die meisten Bürger ist die Wärmepumpe überbordenden Investitionskosten.

Wir halten das für vorschnell.

Das Dokument selbst räumt ein, dass die Hochdruckgasleitung durch Oberursel bereits nach DVGW-Regeln wasserstofftauglich ist. Es räumt ein, dass klimaneutrale Gase für Industriekunden ab 2035 eine realistische Option sind. Und dann zieht es eine scharfe Linie: Für Privathaushalte – keine Chance.

Warum eigentlich? Die Begründung im Dokument ist, Privathaushalte könnten mit den “Unwägbarkeiten der Wasserstoff-Verfügbarkeit schlechter umgehen” als Industriekunden. Das ist paternalistisch. Die Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, Risiken zu verstehen – wenn man sie ihnen erklärt.

Wir fordern daher: Die H2-Option für das Verteilnetz darf nicht jetzt bereits planungsrechtlich ausgeschlossen werden. Das Verteilnetz soll auf Wasserstofftauglichkeit geprüft werden, bevor Stilllegungsentscheidungen getroffen werden. Wer sein Gasnetz behalten und auf klimaneutrale Gase warten möchte, muss diese Möglichkeit offen haben – mit klarem Blick auf die Risiken, aber ohne dass die Stadt diese Entscheidung für ihn trifft.

Aber eine Wärmeplanung, die die Wasserstoff-Option kategorisch ausschließt, bevor die nationale Wasserstoffstrategie überhaupt Früchte trägt, schießt zu früh ab.

Was diese Stadt den Bürgern schuldet, ist keine Bevormundung – sondern Transparenz über Kosten, Risiken und Alternativen. Und dann die Freiheit, selbst zu entscheiden.